

# Open Source für Behörden ist nur noch eine Frage der Zeit

Seit der Informatikrat des Bundes im Februar 2004 eine Open-Source-Strategie verabschiedet hat, hat sich reichlich wenig getan. Freie Software ist bei Behörden zwar ein Thema, wird aber noch kaum eingesetzt. Die Netzwoche ging an der Openexpo auf die Suche nach Gründen – und wurde fündig. *Marcel Urech*

Unter dem Motto «It's better to be free» lud die Openexpo in Bern auch dieses Jahr wieder zur grössten Open-Source-Messe der Schweiz ein. Das Aufgebot war bunt: von Linux-Ikone Alan Cox über Barbara Held als EU-Vertreterin bis hin zu Marc Holitscher vom Erzfeind Microsoft.

Viel interessanter als das Aufgebot war allerdings die Frage, was freie Software (OSS) für Zukunftsperspektiven hat und wo und wann sie Sinn ergibt. Besonders auf Regierungsebene wird das Thema heiss diskutiert. Eine ideale Gelegenheit für die Netzwoche, sich über den Stand und die Relevanz des OSS-Einsatzes bei Schweizer Behörden ein Bild zu machen.

## Schlafender Riese?

Einmal entwickeln, grenzenlos einsetzen – die Idee hinter Open Source mit seinem offenen Entwicklungsmodell ist so bestechend wie einfach. Dass es keinen Sinn ergibt, ähnliche oder gar gleiche Funktionen für ähnliche oder gar gleiche Anforderungen mehrmals zu programmieren, leuchtet eigentlich jedem ein. Auch die weiteren Gründe für OSS scheinen klar: Investitionsschutz durch Unabhängigkeit von Lieferanten, langfristige Kosteneinsparungen, Förderung von Innovation und erhöhte Transparenz und Sicherheit.

Umso verwunderlicher ist es, dass freie Software – trotz verstärkter Präsenz in der öffentlichen Debatte – auf Regierungsebene bis heute ein Nischenprodukt geblieben ist. Oder, etwas freundlicher formuliert: OSS für Behörden ist vom Durchbruch zwar noch weit entfernt, hat aber ein riesiges Potenzial und wird immer mehr als Chance wahrgenommen.

## Erste Initiativen

Bei den hiesigen Vorstössen in Richtung Open Source fällt vor allem auf, dass das Thema parteiübergreifend ist – und dennoch kaum Mehrheiten erzielt. Dies, obwohl vom Informatikrat des Bundes im Februar 2004 eine OSS-Strategie verabschiedet wurde, die quelloffene Software zumindest gleichberechtigt neben bisher verwendete Anwendungen stellt.



**Openexpo-Diskussionsrunde: (von links) Marc Holitscher, Microsoft; François Marthaler, Regierungsrat; Patrik Tschudin, DRS; Marcus Dapp, ETH; Jutta Kreyss, IBM; Barbara Held, Europäische Kommission**

Der Kanton Solothurn ging mit gutem Beispiel voran und migrierte 1200 Benutzer auf OSS. Eintägige Schulungen hätten dafür gereicht, so Kurt Bader, Verantwortlicher für das schweizweit grösste Linux-Projekt der öffentlichen Hand.

Auch der Kanton Waadt konnte nur Gutes berichten. Open Source verlängere die Lebenszyklen in der Informatik und fördere die Entwicklung von sicherer Software, gab Regierungsrat François Marthaler zu Protokoll. Darum brauche es ein behördliches OSS-Verzeichnis – eine Forderung, die vor allem dem Berner IT-Dienstleister Bedag (der mit «E-Forge» genau dies erschaffen will) Musik in den Ohren gewesen sein muss.

## Nicht ob, sondern wann

Warum kommt OSS also nicht richtig auf Touren? In Bern bekam man viele Antworten: Lobbying-Netzwerke von Microsoft, SAP und Oracle; fehlende Erfahrung mit OSS-Software; hohe Komplexität von Migrationsvorhaben

und politisches Desinteresse an ICT-Fragen. Daniel Hösli, Consultant der AWK-Gruppe, will mit einer Studie zur Wirtschaftlichkeit von OSS-Client-Strategien gar herausgefunden haben, dass sich diese aufgrund von Problemen mit Fachapplikationen und hohen Hardwareinvestitionen für eine Stadt finanziell nicht lohnen. An der Podiumsdiskussion wurde schliesslich deutlich, was man schon vorher wusste: Offene Software ist zwar reif für den Behördeneinsatz, die Migrationshürden sind aber nach wie vor hoch.

Dass OSS aber definitiv ernst zu nehmen ist, zeigte eine Aussage von Marc Holitscher: «Open Source stellt uns vor neue Herausforderungen. Wir müssen uns der veränderten Marktrealität anpassen und entdecken zunehmend auch das Geschäftspotenzial von offener Software.» Angesichts dieser Ausführungen des Microsoft-Vertreters, könnte man zu folgendem Schluss kommen: Open Source in der öffentlichen Verwaltung ist wohl vor allem eines – eine Frage der Zeit!